

**Landgericht Traunstein**

Az.: 7 O 3505/21



**IM NAMEN DES VOLKES**

U 16073-1

**verbraucherzentrale**

*Bundesverband*

- 5. Mai 2022

**EINGEGANGEN**

In dem Rechtsstreit

**Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände - Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.**, vertreten durch d. Vorstand  
Rudi-Dutschke-Stra-  
ße 17, 10969 Berlin  
- Kläger -

Prozessbevollmächtigte:

gegen

**milanda UG (haftungsbeschränkt)**, vertreten durch d. Geschäftsführer Herrn  
Oberaustraße 34, 83026 Rosenheim  
- Beklagte -

Prozessbevollmächtigter:

wegen Unterlassungsanspruch

erlässt das Landgericht Traunstein - 7. Zivilkammer - durch den Richter am Landgericht  
als Einzelrichter am 04.05.2022 aufgrund der mündlichen Verhandlung vom  
19.04.2022 folgendes

**Endurteil**

1. Die Beklagte wird verurteilt, es bei Vermeidung eines für jeden Fall der Zuwiderhandlung vom Gericht festzusetzenden Ordnungsgeldes bis zu 250.000 €, ersatzweise Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, zu vollstrecken an dem Geschäftsführer der Beklagten, zu unterlassen,

a) im Rahmen geschäftlicher Handlungen Verbraucher, die keinen Vertrag geschlossen und auch keine Anfrage für eine Finanzsanierung bei der Beklagten gestellt haben, anzuschreiben, dieses Schreiben mit einer Überschrift

„Genehmigung Ihrer Finanzsanierung in Höhe von ... .. Euro“

zu versehen und in diesem Schreiben mitzuteilen:

„... es freut uns sehr Ihnen mitzuteilen, dass ab sofort Ihre Finanzsanierung zur Verfügung steht. Hierzu haben wir folgende Konditionen erhalten:“

und

„Da der Vertrag bereits genehmigt ist, müssen Sie nur noch beiliegenden Kundenauftrag per Post oder per E-Mail als Handfoto (info@milanda24.de) unterschrieben an uns zurücksenden. Diesen brauchen wir, damit wir die original Vertragsdokumente einholen und Ihnen zur Unterzeichnung zusenden können.“

und

„Wir dürfen nochmals bestätigen, dass uns eine Zusage für die Annahme des Vertrages vorliegt.“

und/oder

b) im Rahmen geschäftlicher Handlungen gegenüber Verbrauchern mit einer Genehmigung einer Finanzsanierung unter Angabe einer konkreten Schuldsumme, einer konkreten monatlichen Rate und einer Laufzeit zu werben, wenn ein Darlehen weder ausgegeben noch vermittelt wird.

2. Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 260,00 € zu zahlen.
3. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
4. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung in Höhe von 110 % des jeweils zu vollstreckenden Betrags vorläufig vollstreckbar.

**Beschluss**

Der Streitwert wird auf 15.000,00 € festgesetzt.

## Tatbestand

Kläger ist der Bundesverband der Verbraucherzentralen und Verbraucherverbände. Er nimmt die Beklagte, eine in Rosenheim ansässige Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt), wegen unlauterer und irreführender geschäftlicher Handlung auf Unterlassung in Anspruch.

Unter dem 24.06.2021, 30.07.2021, 26.03.2021, 06.05.2021, 19.01.2022, 03.01.2022 und 11.01.2022 versandte die Beklagte Schreiben an diverse Verbraucher. Die Schreiben weisen - außer bei den Schuldsummen und Entgelten - identischen Wortlaut auf; in dem Schreiben vom 03.01.2022 (Anlage K15) war unter der Überschrift „Genehmigung Ihrer Finanzsanierung in Höhe von 2.500,00 €“ Folgendes ausgeführt:

Sehr geehrter Herr ...,

es freut uns sehr, Ihnen mitzuteilen, dass ab sofort Ihre von Finanzsanierung zur Verfügung steht.

Hierzu haben wir folgende Konditionen erhalten:

**Schuldsumme: 2.500 €**

**monatliche Rate: 40.32 €**

Laufzeit ca.: 62 Monate

**In dem Angebot enthalten sind jederzeit kostenfreie Sonderzahlungen welche zum einen die Laufzeit verkürzen und zum anderen auch Kosten wie z.B. Zinsen bei den Gläubigern senken.**

Da der Vertrag bereits genehmigt ist, müssen Sie nur noch beiliegenden Kundenauftrag per Post oder per E-Mail als Handfoto ([info@milanda24.de](mailto:info@milanda24.de)) unterschrieben an uns zurück schicken. Diesen brauchen wir, damit wir die original Vertragsdokumente (sic!) einholen und Ihnen zur Unterzeichnung zusenden können.

Sollten Sie noch Fragen haben, stehe ich Ihnen mit meinem Team selbstverständlich zur Verfügung.

**Wir dürfen nochmals bestätigen, dass uns eine Zusage für die Annahme des Vertrages vorliegt.**

Den Anschreiben lag jeweils das nachstehend wiedergegebene Vertragsformular bei:

**Vertrag**Kundenr.: [REDACTED]**Zwischen Auftraggeber 1**

Nachname

[REDACTED]

Vorname

[REDACTED]

Geburtsdatum

[REDACTED]

Straße und Hausnummer

[REDACTED]

PLZ

[REDACTED]

Ort

[REDACTED]**und Auftragnehmer**

Milanda UG

(haftungsbeschränkt)

Oberastr. 34

83026 Rosenheim

**1. Vertragsgegenstand:**

Auftragserteilung zur Vermittlung eines Dienstleistungsvertrages (ohne Rechtsberatung), zur sukzessiven Regulierung von Verbindlichkeiten/Schulden (wie Kredite, Darlehen, Rechnungen, Mahnungen, etc.) aus eigenen finanziellen Mitteln des Auftraggebers. Gemäß Auftraggeber belaufen sich die Verbindlichkeiten auf insgesamt

**2.500,00 €**

Die vertragsabwickelnde Gesellschaft geht bei Vertragsabschluss von dieser zu regulierenden Schuldsumme aus.

2. Erfüllung des Auftrages durch Auftragnehmer: Nach Eingang des unterschriebenen Vermittlungsauftrages bei der Auftragnehmerin bemüht sich abschließend um die Vermittlung eines Schuldnerhilfivertrages mit einer gewerblichen Schuldnerhilfefirma aufgrund der bisherigen Angaben des Auftraggebers. Die Auftragnehmerin holt dazu diverse Angebote entsprechender Firmen ein. Nach Auswahl und Zusage einer solchen erhält der Auftraggeber den entsprechenden Dienstleistungsvertrag per Post. Bei Rücksendung dieses unterzeichneten Vertrages an den Dienstleister ist die Vermittlungsprovision in Höhe von

**229,50 €**

zur Zahlung durch den Auftraggeber an die Auftragnehmerin fällig.

- a. Die vertragsabwickelnde Gesellschaft stellt technische buchhalterische und wirtschaftlich beratende Dienste zur Verfügung.
- b. Soweit Verhandlungen mit diesen geführt werden, empfiehlt die abwickelnde Gesellschaft einen dafür geeigneten Regulierungsanwalt. Diesen oder einen anderen hat der Auftraggeber auf eigene Kosten zu beauftragen. Der Erfolg der Schuldenregulierung hängt von der Zuverlässigkeit und den regelmäßigen Ratenzahlungen des Schuldners sowie der Kompromissbereitschaft seiner Gläubiger ab.
- c. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die Auftragnehmerin weder einen Kredit vermittelt, noch dem Auftraggeber gar selbst liquide Mittel jeglicher Art zur Verfügung stellt. Auch die zu vermittelnde abwickelnde Gesellschaft beschafft oder gewährt kein Darlehen/Umschuldungsdarlehen.

3. Unsere Datenschutzerklärung finden Sie auf unserer Homepage: [milanda24.de/datenschutz](http://milanda24.de/datenschutz). Sollten Sie keinen Zugriff haben oder fehlende technische Möglichkeiten Sie am Aufruf hindern erhalten Sie unsere Datenschutzerklärung gerne per Post, Fax oder Mail. Bitte wenden Sie sich an folgende Rufnummer: 08031/5816690. Wir verzichten der Umwelt zuliebe auf überflüssige Ausdrücke.

4. Keine Rechtsberatung: Die Auftragnehmerin sowie die abwickelnde Gesellschaft, erteilen weder Rechtsberatung/Hilfe noch gegebenenfalls eine insolvenzrechtliche Bescheinigung.

**Widerrufsbelehrung - Widerrufsrecht**

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angaben von Gründen mittels einer eindeutigen Erklärung widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung auf einem dauerhaften Datenträger, jedoch nicht vor Vertragsschluss und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246b § 2 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 246b § 1 Absatz 1 ECGB. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs, wenn die Erklärung auf einem dauerhaften Datenträger (z. B. Brief, Telefax, E-Mail) erfolgt. Der Widerruf ist zu richten an:

Milanda UG (haftungsbeschränkt) - Oberastr. 34 - 83026 Rosenheim - E-Mail: [info@milanda24.de](mailto:info@milanda24.de)

**Widerrufsfolgen**

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Sie sind zur Zahlung von Wertersatz für die bis zum Widerruf erbrachte Dienstleistung verpflichtet, wenn Sie vor Abgabe Ihrer Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen wurden und ausdrücklich zugestimmt haben, dass wir vor dem Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Gegenleistung beginnen. Besteht eine Verpflichtung zur Zahlung von Wertersatz, kann dies dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf dennoch erfüllen müssen. Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für Sie mit der Absendung Ihrer Widerrufserklärung, für uns mit deren Empfang. Bei Widerruf dieses Vertrags sind Sie auch an einen mit diesem Vertrag zusammenhängenden Vertrag nicht mehr gebunden, wenn der zusammenhängende Vertrag eine Leistung betrifft, die von uns oder einem Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen uns und dem dritten errichtet wird.

**Ende der Widerrufsbelehrung**

Erklärung des Verbrauchers:  
Ich verlange ausdrücklich, dass Sie vor Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der beantragten Dienstleistung beginnen (§ 357 Abs. 8 (BGB))

Ja

Nein

Ich stimme ausdrücklich zu, dass Sie vor Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der beauftragten Dienstleistung beginnen. Mir ist bekannt, dass ich bei vollständiger Vertragserfüllung durch Sie mein Widerrufsrecht verliere (§ 356 Abs. 4 BGB)

Ja

Nein

Datum

Unterschrift

Rosenheim, 03.01.2022

Milanda UG

(haftungsbeschränkt)

(maschiell erstellt, ohne Unterschrift gültig)

Nach Ansicht des Klägers erweckt die Beklagte beim verschuldeten Verbraucher den unzutreffenden Eindruck, die beworbene Ware oder Dienstleistung sei bereits bestellt und daher bereits ein Vertrag geschlossen worden; dies deshalb, da dem Vertragsformular an dessen Ende eine Widerrufsbelehrung beigelegt sei, welche eben diesen Eindruck hervorrufe (§ 3 Abs. 1, 3 UWG i.V.m. Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG Nr. 22). Als Zahlungsaufforderung könne im Sinne der genannten Norm auch ein Angebotsschreiben qualifiziert werden, sofern es nur den Anschein einer Rechnung erwecke. Die Angebotsschreiben der Beklagten enthielten in großer und fettgedruckter Schrift den fälligen Zahlungsbetrag und erweckten so bei dem Verbraucher den Eindruck, eine Zahlungsaufforderung liege vor. Ferner seien die Anschreiben der Beklagten irreführend im Sinne von §§ 3, 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 UWG. Mit der immer wiederkehrenden Nennung des Begriffes „Finanzsanierung“ und der konkreten Nennung einer Schuldsumme, festen monatlichen Raten und einer Laufzeit werde bei den betroffenen Verbrauchern der Eindruck erweckt, es handele sich um ein Darlehen oder zumindest um die Vermittlung eines solchen. Dass dies tatsächlich nicht der Fall sei, ergebe sich nur aus dem kleingedruckten Teil des dem Anschreiben angehängten Vertrages; auch werde dieser Umstand erst nach mehrmaligen Lesen – selbst bei juristisch vorgebildeten Personen – verständlich. Das den Verbrauchern unterbreitete Angebot sei so gestaltet, dass es einer Kreditvermittlung oder Schuldenregulierung nahekomme bzw. zum Verwechseln ähnlich wirke. Tatsächlich verbleibe bei Lichte betrachtet nur das Angebot einer „buchhalterischen oder wirtschaftlichen Beratung“. Die Beklagte stelle in ihren Schreiben gezielt typische Merkmale eines Darlehens heraus, obwohl es sich weder um ein Darlehen, noch um eine Kreditvermittlung handle.

#### **Der Kläger beantragt,**

1. Die Beklagte wird verurteilt, es bei Vermeidung eines für jeden Fall der Zuwiderhandlung vom Gericht festzusetzenden Ordnungsgeldes bis zu 250.000 €, ersatzweise Ordnungshaft bis zu sechs Monaten, zu vollstrecken an dem Geschäftsführer der Beklagten, zu unterlassen,
  - a) im Rahmen geschäftlicher Handlungen Verbraucher, die keinen Vertrag geschlossen und auch keine Anfrage für eine Finanzsanierung bei der Beklagten gestellt haben, anzuschreiben, dieses Schreiben mit einer Überschrift



„Genehmigung Ihrer Finanzsanierung in Höhe von ... .. Euro“

zu versehen und in diesem Schreiben mitzuteilen:

„... es freut uns sehr Ihnen mitzuteilen, dass ab sofort Ihre Finanzsanierung zur Verfügung steht. Hierzu haben wir folgende Konditionen erhalten.“

und

„Da der Vertrag bereits genehmigt ist, müssen Sie nur noch beiliegenden Kundenauftrag per Post oder per E-Mail als Handfoto (info@milanda24.de) unterschrieben an uns zurücksenden. Diesen brauchen wir, damit wir die original Vertragsdokumente einholen und Ihnen zur Unterzeichnung zusenden können.“

und

„Wir dürfen nochmals bestätigen, dass uns eine Zusage für die Annahme des Vertrages vorliegt.“

und/oder

b) im Rahmen geschäftlicher Handlungen gegenüber Verbrauchern mit einer Genehmigung einer Finanzsanierung unter Angabe einer konkreten Schuldsumme, einer konkreten monatlichen Rate und einer Laufzeit zu werben, wenn ein Darlehen weder ausgegeben noch vermittelt wird.

2. Die Beklagte zu verurteilen, 260,00 € an den Kläger zu zahlen.

### **Die Beklagte beantragt Klageabweisung.**

Die Beklagte ist der Auffassung, mit dem Begriff der „Finanzsanierung“ sei nicht notwendig eine Finanzierung durch Fremdmittel gemeint. Das dem Anschreiben der Beklagten angehängte Vertragsformular biete leichten und klaren Zugang zu der Tatsache, dass die Beklagte weder einen Kredit vermittle, noch dem Auftraggeber Mittel jeglicher Art zur Verfügung stelle. Dass in dem Vertragsentwurf die Kosten der Vermittlung genannt seien, stelle eine Selbstverständlichkeit dar, sei aber nicht als „Zahlungsaufforderung“ zu werten. In dem Anschreiben sei auch der Begriff der „Schuldsumme“ genannt und nicht etwa das Wort „Kredit“. Dem durchschnittlichen Verbraucher sei bewusst, welche Kriterien bei einem üblichen Darlehensvertrag eine Rolle spielen würden; dazu gehörten etwa Sicherheiten, monatliche Einkünfte, Zinsen, effektiver Jahreszins, Kreditaus-

kunft, Auskunft der SCHUFA; davon sei im gesamten Anschreiben und dem übersandten Vertrag nicht die Rede. Der eigentliche Vermittlungsvertrag und auch eine an die Verbraucher zusammen mit dem postalischen Anschreiben übersandte E-Mail ließen keinen Zweifel über die Art des Produktes, das die Beklagte anbiete. Die angeschriebenen Verbraucher hätten im Rahmen von Online-Gewinnspielen in die Weitergabe ihrer Daten an die Beklagte eingewilligt und auch ihr Interesse an der Unterbereitung von Informationen zum Thema Finanzdienstleistungen bekundet; einer der Sponsoren des jeweiligen Gewinnspiels sei die Beklagte gewesen.

Das Gericht hat den Geschäftsführer der Beklagten in der mündlichen Verhandlung vom 19.04.2022 informatorisch angehört; auf das Sitzungsprotokoll sowie die zwischen den Parteien ausgetauschten Schriftsätze samt Anlagen wird ausdrücklich und vollumfänglich Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe

Die zulässige Klage erwies sich als begründet.

1. Die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1, 3 UWG i.V.m. Anhang zu § 3 Abs. 3 UWG Nr. 22 liegen nicht vor.

Entsprechend der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs - BGH, Urteil vom 26.11.1997 - I ZR 109/95 (GRUR 1998, 415, beck-online) - ist im vorliegenden Fall entscheidend, ob die zahlreich vorgelegten Anschreiben der Beklagten, etwa Anlage K 14, den Eindruck einer Rechnung hervorrufen. Nach Auffassung des Gerichts ist dies nicht der Fall; in dem genannten Urteil des BGH war etwa ein Überweisungsträger beigelegt, was vorliegend nicht gegeben ist. Auch die übrigen Umstände, in denen ein Angebotsschreiben als scheinbare Rechnung zu qualifizieren sein kann, liegen nach Auffassung des Gerichts nicht vor; hierzu zählen etwa fehlende Anrede und Grußformel, durch Fettdruck hervorgehobener Auflistung der „Kosten“ unter Aufschlüsselung in Brutto- und Nettobetrag, Angabe der Bankverbindung des Werbenden sowie Aufführung der Angebotsbedingungen lediglich im Kleingedruckten oder auf der Rückseite des Schreibens (Harte-Bavendamm/Henning-Bodewig, UWG, 5. Auflage 2021, Anh. § 3 Rn. 427, beck-online).

2. Jedoch erwies sich der Klageantrag zu 1 gemäß § 8 Abs. 1 Satz 1 i.V. mit §§ 3, 5 UWG als begründet.

Die von der Beklagten betriebene Werbung für das von ihr vermittelte Finanz-Sanierungsmodell



erweckt beim angesprochenen Durchschnittsverbraucher den Eindruck, er habe mit der Inanspruchnahme der Leistung der Beklagten die sichere Möglichkeit, seine Schulden in der im Anschreiben genannten Laufzeit mit exakt der genannten Höhe der Raten zurückzuzahlen. Dieses Angebot wird sich für den Durchschnittsverbraucher als besonders günstig darstellen, da die in den Anschreiben angegebene Höhe der Raten letztlich nur die Schuldsumme verteilt auf die Anzahl der in Aussicht gestellten Raten darstellt. In seiner informatorischen Anhörung im Rahmen der mündlichen Verhandlung gab der Geschäftsführer der Beklagten an, die eigentliche Anzahl und Höhe der Raten ergebe sich erst aus dem Vertrag zwischen dem Verbraucher und den Partnerunternehmen der Beklagten. Entsprechende Verträge oder zumindest Entwürfe, welche die Verbraucher mit den Partnerfirmen der Beklagten abschließen, wurden von der Beklagten trotz Aufforderung im rechtlichen Hinweis vom 17.03.2022 nicht vorgelegt. Für das Gericht steht fest, dass die in den Anschreiben der Beklagten am deutlichsten hervorgehobene Angabe der Schuldsumme und der Höhe der monatlichen Raten für den Verbraucher keinerlei echten Informationsgehalt hat. Daran vermag auch die Tatsache nichts zu ändern, dass in dem Vertragsformular der Beklagten darauf hingewiesen wird, dass der Erfolg der Schuldenregulierung von der Kompromissbereitschaft der Gläubiger des Verbrauchers abhängt; ein Hinweis darauf, dass die angegebene Höhe der Raten mangels der Beklagten und deren Geschäftspartnern vorliegenden Informationen lediglich auf der Aufteilung der Schuldsumme auf 62 Monate beruht, fehlt. Der angeschriebene Verbraucher wird daher über den tatsächlichen Inhalt der ihm angebotenen Dienstleistung - eine Beratung zur Tilgung seiner Schulden - in die Irre geführt.

Ferner ist davon auszugehen, dass der Verkehr das Angebot einer Umschuldung so versteht, dass die Beratungen und Verhandlungen, die für eine Ablösung übernommener Kredite durch neue Kredite erforderlich werden, mit Dritten geführt werden (siehe Köhler/Bornkamm/Feddersen/Bornkamm/Feddersen, 40. Aufl. 2022, UWG § 5 Rn. 2.116). Wenn hier nun eine „Finanzsanierung“ angeboten wird und - deutlich hervorgehoben - mit monatlichen Raten sowie einer festen Laufzeit geworben wird, so werden dies nach Auffassung des Gerichts erhebliche Teile der angesprochenen Verkehrskreise tatsächlich als Angebot einer Umschuldung verstehen, die eben auch die Möglichkeit der Ablösung alter Kredite durch neue beinhaltet. Dem Beklagtenvertreter ist zuzugeben, dass im Vertrag unter Ziffer „2.c.“ ein Hinweis auf den Umstand, dass kein Kredit vermittelt werden soll, enthalten ist. Jedoch ist auf den Gesamteindruck des Anschreibens und des Vertragstextes abzustellen, welcher den Verbraucher eindeutig auf seine Schuldsumme und die von ihm zu zahlenden Raten lenkt; allein diese Informationen vermag nach Auffassung des Gerichts den Verbraucher zum Abschluss des Vertrages zu bewegen. Der Passus unter Ziffer „1.“ des Vertrages, wonach die Dienstleistung des Partnerunternehmens

der Beklagten der „sukzessiven Regulierung von Verbindlichkeiten/Schulden (wie Kredite, Darlehen, Rechnungen, Mahnungen, etc.) aus eigenen finanziellen Mitteln des Auftraggebers“ dient, klärt den Verbraucher nach Auffassung des Gerichts nicht eindeutig über die fehlende Möglichkeit der Umschuldung auf. Jeder Verbraucher geht davon aus, seine Verbindlichkeiten aus eigenen Mitteln tilgen zu müssen; auch die Aufnahme neuer – günstigerer – Kredite zur Tilgung früherer Schulden ändert daran nichts. Auch insoweit liegt also eine Irreführung über die Art der angebotenen Dienstleistung vor.

3. Der Anspruch gemäß § 13 Abs. 3 UWG auf Erstattung der für die Abmahnung – Anlage K 11 – erforderlichen Kosten erwies sich als begründet.

Für den Kläger als Verband kam die Erstattung der angefallenen Kosten in Form einer Kostenpauschale in Betracht, Köhler/Bornkamm/Feddersen/Bornkamm/Feddersen, 40. Aufl. 2022, UWG § 13 Rn. 132. Der geltend gemachte Betrag in Höhe von 260 € erschien dem Gericht angemessen. Der Kläger hat auch offengelegt, anhand welcher Parameter er die geltend gemachte Summe berechnet hat.

4. Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 Abs. 1 ZPO.

5. Die Entscheidung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit beruht auf § 709 S. 2 ZPO.

gez.

Richter am Landgericht

Verkündet am 04.05.2022

gez.

, JOSekr`in

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle



Für die Richtigkeit der Abschrift  
Traunstein, 05.05.2022

JOsekr`in  
Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle